

## In diesen Tagen

**also Chemnitz.** Ein illegaler Migrant, der seit Jahren hätte abgeschoben werden sollen, tötet einen Chemnitzer Bürger. Die Bevölkerung ist erregt. Eine im sächsischen Landtag vertretene Partei unterstützt Demonstrationen, in denen die *Wir-schaffen-das-Politik* der Bundesregierung laut abgegriffen wird. Die Medien sprechen nun von Hetzjagden auf Migranten. Von dem getöteten Opfer und der nach allgemeinem Urteil auch des Auslandes verheerenden *Wir-schaffen-das-Politik* kaum ein Wort mehr.

### Wer hat an allem schuld? Die Rechten!

1. Es gehört zur hohen Schule der Politik, Unfälle und nicht mehr beherrschbare Fehlentwicklungen dem Gegner so in die Schuhe zu schieben, dass jeder es glaubt. ***Tell a lie and stick to it! – Lüge forsch und bleib dabei!*** Dieses im Ersten Weltkrieg so wirkkräftige Sprichwort findet seine Ergänzung bei einem anderen geschickten Politiker, der in Mein Kampf (S. 252) feststellte: ***Die breite Masse fällt einer großen Lüge leichter zum Opfer als einer kleinen.***

So z.B. in der DDR-Propaganda. Viele und täglich mehr wollten die DDR verlassen. Dagegen wurde 1961 die Mauer gebaut, der **antifaschistische Schutzwall**. Und wer war schuld daran? Die faschistische BRD, gegen die man sich schützen musste. So blödsinnig das anfangs allen erschien - das Unglaubliche geschah. **Wir im Westen wurden nun nach 1961 aus allen Rohren indoktriniert, und es begann langsam zu wirken. Nazi, Nazi.** Es sei schon was Wahres dran, raunten die Ängstlichen und daher politisch Korrekten! Unter dem stillen Beifall von mit dem Nobelpreisliteraten wurde das Recht verhöhnt und gebrochen. Staatsanwälte scheuten sich – ganz ähnlich wie heute - mangels gesellschaftlichen Rückhalts, Gewaltakte anzuklagen. Ich nahm damals in Bonn an Kundgebungen teil. Mir klingen noch die Sprechchöre im Ohr: *Legal, illegal, scheißegal!* Als dann geschossen und gemordet wurde lugten deutsche Bürger aus ihren Fernsehsesseln und meinten, das gehe bei allem grundsätzlichen Verständnis für das Anliegen der RAF nun doch zu weit. Aber andererseits, so der Nachsatz, handele sich aber ja **nun einmal um Vertreter des Großkapitals** wie Herrhausen, Ponto, Schleyer, Rowedder - warum sind die auch so reich? Oder um Systemstabilisatoren wie den Berliner Kammergerichtspräsidenten v. Drenkmann. Na, ja ein Herr „von“. Erschießen geht zwar nicht, aber.... **Das war dann so der Einsatz des Bürgertums für den Rechtsstaat.** Bekennenden Sympathisanten der RAF - Terroristen gelang es, mit der Behauptung, sie hätten für ihre Person aber die Morde abgelehnt, Innenminister<sup>1</sup> und Außenminister<sup>2</sup> dieses Staates zu werden. **Gegenüber der Ruppigkeit des entschlossenen Ideologen ist das Bürgertum offenbar wehrlos, und es duckt weg.**

2. Das sei doch heute im Kampf gegen Rechts etwas ganz Anderes, sagen uns Lehrer und Journalisten, also die Berufsgruppe, **die auch 1933 und 1968 ganz, ganz mutig gegen das Unrecht aufgestanden wäre - wenn man sie nur gelassen hätte!** Sie seien doch, wie ihr kerniges Auftreten gegen die AfD zeige, entschlossene Verteidiger des Rechtsstaates. **Aber der Teufel trägt immer neue Gewänder und jede Generation fällt auf seine jeweilige**

---

<sup>1</sup> Otto Georg Schily von 1998 bis 2005 Bundesminister des Innern.

<sup>2</sup> Joschka Fischer (eigentlich *Joseph*; 1948) von 1998 bis 2005 deutscher Außenminister

**Verkleidung herein.** Der Rechtsstaat wird heute wieder, nur von einer anderen Seite bedroht. Nicht durch Gestapo (die kommt dann unter anderem Namen wohl auch noch, etwa der von den „guten“ Parteien geforderten Beobachtung durch den Verfassungsschutz!), sondern durch beharrliche Missachtung unserer Gesetze und der Verlagerung des Gesetzesvollzuges in die Verwaltungsebene, welche oft nach dem nur schwer justiziablem Ermessen entscheiden muss.

3. Jeder weiß, dass sich biologische oder soziale Systeme bei systemfremden Zuflüssen ab einer kritischen Masse nicht nur verändern, sondern dauerhaft beschädigt werden und schließlich absterben. Das gilt auch für das **gesellschaftliche System Deutschland**. Wo diese Grenze ist, weiß niemand. Aber jeder in unserem Staate – mit Ausnahme der GroKo-Politiker, die laut Amtseid das **Wohl des deutschen Volkes** besorgen sollen - fühlt offenbar jeder, dass diese Grenze in Deutschland fast erreicht ist. Wer abends durch das Bahnhofsviertel einer deutschen Großstadt geht, meint, dass sie längst überschritten ist.

Es gibt aber einen entschlossenen harten Kern von **Ideologen, der unser deutsches Vaterland und seine Kultur einfach nicht mehr will. Nie wieder Deutschland!** haben wir von amtierenden Bundesministern gehört. Diese Leute zeigen laut oder, still am Prosecco süffelnd, bei jedem Schritt Beifall, mit dem sich Deutschland demographisch immer weiter abschafft, oder sich durch Verächtlichmachung deutscher Kultur und Geschichte geistig wehrlos macht. In einem Rechtsstaat ist es – als Jurist muss ich das zugestehen - erlaubt, dass diese Vaterlandsverächter sich artikulieren und Maßnahmen zur politische Durchsetzung ihrer Ziele ergreifen. Und sie machen das auch ganz geschickt und überwiegend legal! **Verdrehungen und Habwahrheiten, sogar Lügen** sind nämlich nicht verboten oder gar strafbar!

4. Aber sollen wir ihnen das Feld überlassen? Solange noch im **Grundgesetz vom deutschen Volk** die Rede ist und der Vers gesungen werden darf „**blühe deutsches Vaterland**“ (ich warte nur darauf, dass auch das in die Jauchengrube der politischen Korrektheit geschubst wird), solange sich Verfassungsorgane und Abgeordneten in ihrem Amtseid verpflichten, das **Wohl des deutschen Volkes** zu fördern, erlaubt der Rechtsstaat auch den Patrioten, für das deutsche Volk einzutreten. Dabei müssen sich auch das Recht haben, ihre politischen Vorstellungen, ggfs auf Demonstrationen, so laut und deutlich zu vertreten, dass diese auch Gehör finden - **gegen den praktisch gleichgestimmten Medien**.

**Ergebnis:** Wir könnten aus dem Chemnitzvorfall lernen.

1. **Wir schaffen das nicht!** Das muss deutlich vertreten werden.
2. Wir müssen unsere Gesetze selber ernst nehmen und illegale Ausländer ausweisen oder die Gesetze ändern. **Selbstherrliche Verwaltungsentscheidungen** à la Merkel sind der Einstieg in den autoritären Staat, dessen Steigerung dann die Diktatur ist.
3. **Nähe schafft Rechtspflichten.** Solange ein Ausländer, und sei es noch so illegal, hier lebt, steht er unter dem Schutz unserer Gesetze. Schnelle Entscheidung über sein Bleiberecht und zügiger Vollzug, wenn es verneint wird – darauf hat der Migrant einen Anspruch aber das deutsche Volk auch.